



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 5
10. Jahrgang

9. März 1942

Nicht für Hitler fahren

(ITF) Deutsche Behörden verhandeln mit französischen Stellen über die Benutzung der ausländischen Handelsschiffe, die beim Abschluss des Waffenstillstands in französischen Häfen lagen. Es scheint, dass französische Stellen bereit waren, nachzugeben. Die Besatzungen dieser Schiffe aber weigerten sich, für Hitler zu fahren; sie sind bereits in ihre Heimat zurückgebracht worden.

Seeleute in norwegischen Häfen erschossen

(ITF) Radio Oslo meldete (am 25.II.) dass der Holländische Seemann Wiene Muller und der Norweger Iversen von einem deutschen Sondergericht in Oslo zum Tode verurteilt und erschossen wurden. Sie hatten sich ein Motorboot verschafft und versucht, nach England zu entkommen. Gleichzeitig wurde der Holländer De Haan zu 15 Jahren Zuchthaus und die Holländer Pieters und Dolftra zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

(Für die Red.: Alle Namen phonetisch.)

Ein Schiff ging nicht nach Japan

(ITF) Meuternde Seeleute wurden kürzlich in einem amerikanischen Hafen begeistert empfangen. Ihr Schiff, ein von Japanern gecharterter Frachter, war mit 4000 to Kohlen unterwegs nach Japan. Der Bordfunker hörte im Rundfunk, dass japanische Flieger Pearl Harbour angriffen. Er informierte die Besatzung und die russischen, chinesischen und holländischen Seeleute an Bord überwältigten die japanischen Offiziere und brachten Schiff und Ladung nach Amerika zurück. Die japanischen Offiziere übergaben sie den USA-Behörden.

Eisenbahner gegen Quislings

(ITF) Im Oslofjord-Hafen Drammen wählten norwegische Eisenbahner ihre Vertreter zum Beirat der Norwegischen Staatsbahnen. Zwei Listen standen zur Wahl. Die Quislingliste erhielt 12 Stimmen, die andere Liste 1498!

Kranke in Deutschland

(ITF) In der "Münchener Medizinischen Wochenschrift" (letztes Novemberheft) berichtet der leitende Arzt des Heeres-Wehrbezirks XIII, ein Dr. G. Seiffert, über die Entwicklung einiger Krankheiten in Deutschland. Es gab in

den ersten 25 Wochen des Jahres	1931	1939	1941
Diphtherieerkrankungen	25.144	65.144	65.775
Scharlacherkrankungen	19.494	56.154	167.428
Ruhrerkrankungen	2.596	6.135	12.705

Der Militärarzt erklärt, dass die Zahl der Lebensmittelvergiftungen, der Keuchhustenerkrankungen und der Tuberkulosefälle ähnlich zunahm wie die Zahl der Scharlach- und Ruhrerkrankungen, also 1939, nach 6 Jahren fieberhafter Aufrüstung, fast 2 1/2 bis 3mal so hoch war, wie 1931 und bis 1941 - v o r dem Beginn des Krieges gegen Russland - auf das 5-8fache gestiegen war.

Eine Statistik, die das Reichsgesundheitsblatt (am 24.XII.) veröffentlichte, bestätigt diese Angaben. In Deutschland (- diese Ziffern aber ohne Oesterreich, Sudetengebiet etc.) zählte man

in den ersten 48 Wochen des Jahres	1939	1941
Diphtheriefälle	128.897	154.752
Scharlachfälle	119.730	226.755
Tuberkulosefälle	69.502	88.312
Paratyphusfälle	2.648	3.800

Der Kampf gegen die Tuberkulose wird mit Nazi-Mitteln geführt. Politisch einwandfreie Leichttuberkulose erhalten die nötigen Zusatzrationen. "Asoziale" Offentuberkulose und alle Schwerttuberkulose erhalten keine Zusatzrationen (berichtet die "Deutsche Medizinische Wochenschrift"). Sie sollen sterben.

Antreiber-Pillen - Um die Leistungsfähigkeit überanstrengter Arbeiter und Soldaten künstlich aufzupulvern, wird in Deutschland viel mit Reizmitteln wie Pervitin und Benezedrin gearbeitet. Ein Fliegerarzt, Dr. Eichholtz, warnt (im 2. Dezemberheft der "Deutschen Medizinischen Wochenschrift") vor diesen Reizstoffen. Er habe zweimal 2 Tabletten des in der deutschen Luftwaffe verbreiteten Pervitin genommen. Die Folge sei ein so entsetzlicher Zustand gesteigerter Verwirrung gewesen, dass er nie wieder dieses Reizmittel verwenden werde. Ueberarbeitete brauchten Erholung, betont er nachdrücklich.

In der Schweiz darf seit einiger Zeit Pervitin nur auf ärztliches Attest abgegeben werden. Durch Untersuchungen wurde festgestellt, dass "Leute, die auf die Pervitin-Wirkung besonders stark reagieren, durch den unheimlichen Optimismus, der im Moment von ihnen Besitz ergreift, da das Mittel seine volle Kraft entfaltet, zu einer restlosen Verschleuderung ihrer Reserven und damit zum fatalen Zusammenbruch gebracht werden, aus dem dauernde Herzscheidungen hervorgehen...Es besteht die grosse Gefahr, dass Anstrengungen vollbracht werden, die über das natürliche Leistungsmass hinausgehen" ("Neue Zürcher Zeitung", 3.XI.41.).- Den Nazis ist die vorzeitige Abnutzung ihrer menschlichen "Arbeitsmaschinen" gleichgiltig.

Einen Monat nach der Veröffentlichung dieser Warnung wurden die Arbeitszeitbeschränkungen in Deutschland erneut gelockert.

In der Lohntüte finden die Arbeiter vieler deutscher Betriebe einige "anregende" Pillen. Es sind nicht immer Vitaminpillen.

(Für die Red.: "Deutsche Medizinische Wochenschrift" 1941, Band V. - Aus den besetzten Gebieten liegen uns keine neueren Krankenziffern vor.)

Léon Jouhaux (ITF) Unmittelbar nach der Verhaftung des Generalsekretärs des Französischen Gewerkschaftsbundes (C.G.T.)

Léon Jouhaux, verboten die Vichy-Behörden der französischen Presse, den Namen Jouhaux zu erwähnen.

Frankreichs Arbeiter kämpfen gegen Entrechtung und Not

Unternehmerwillkür in Vichy-Frankreich (ITF) Die Gruppen entschlossener Gewerkschafter, die, seit Pétain den Befehl zum Niederlegen der Waffen gab, gleichzeitig gegen die deutschen Behörden, französischen Quislings und die Vichy-

Clique um die Zukunft des arbeitenden Frankreich kämpfen, haben einen gewissen Erfolg zu verzeichnen. Die von ihnen entfachte Oppositionsbewegung gegen das Arbeitsgesetz zur Versklavung der Arbeiter hat auch Mitglieder der Arbeiterorganisationen erfasst, deren Sekretäre eng mit Vichy zusammenarbeiten. *) Das Verhalten einflussreicher Unternehmergruppen hat ihnen allerdings die Aufklärung erleichtert. Während die Agenten Vichys den Arbeitern versicherten, dass das neue Arbeitsgesetz ein Segen für die Arbeiter sei, erreichten Unternehmerverbände, dass sie sofort, noch vor dem offiziellen Inkrafttreten des Gesetzes, die aus Unternehmern und ihnen genehmen Belegschaftsrepräsentanten bestehenden "Betrieblichen Sozialkomitees" errichten durften, durch die sie in den Betrieben die Gewerkschaften ausschalten können. In vielen Betrieben achteten die Unternehmer darauf, dass kein aktiver Gewerkschafter in das Sozialkomitee kam. Sie konnten das leicht, da nach der Vorschrift des neuen Gesetzes die Arbeitervertreter im Sozialkomitee im Einvernehmen mit dem Betriebsleiter zu bestimmen sind. "Das bedeutet, dass in Wirklichkeit der Unternehmer die Arbeiterdelegierten ernannt. Im Sozialkomitee hat der Arbeitervertreter eine nicht gerade rühmliche Rolle zu spielen, als Handlanger des Unternehmers" - selbst Bertin, der Freund des Vichy-Arbeitsministers Belin, hat das jetzt eingesehen.

Einige Unternehmerverbände gingen noch weiter. Sie versandten eilig Zirkuläre, in denen sie ihre Mitglieder darauf aufmerksam machten, dass die Unternehmerorganisationen auch die Leiter der vom Arbeitsgesetz noch zugelassenen Arbeiterorganisationen ernennen können!

*) Wir haben den Standpunkt französischer Gewerkschafter zum Arbeitsgesetz in der Ausgabe vom 12.I.42. wiedergegeben.

Diese Unternehmer wollen ihre Betriebe gründlich von Gewerkschaften säubern. In einem der Betriebe, die sofort ein "Sozialkomitee" erhielten, einem Metallbetrieb mit mehr als 4.000 Arbeitern, duldet die Betriebsleitung keine Gewerkschafter. 1.200 Arbeiter zahlen Gewerkschaftsbeiträge, aber sie nehmen keine Mitgliedskarte, "denn wenn sie mit der Mitgliedskarte erwischt werden, fliegen sie", berichtet Bertin.

Andere Unternehmer wollen die Belegschaft ihrer Unternehmungen zum schriftlichen Verzicht auf die Mitgliedschaft der vom Arbeitsgesetz noch geduldeten Arbeiterorganisationen und zum Beitritt zu den gelben "Gemischten Organisationen" zwingen, die Unternehmer, Arbeiter und Angestellte zusammenfassen. Das hätte für die Unternehmer den Vorteil, dass die Kollektivverträge für ihren Betrieb nicht mehr gelten und die Arbeiter nur noch auf Einzelarbeitsvertrag eingestellt werden; in Zeiten drohender Erwerbslosigkeit oder Deportation nach Deutschland gibt das eine herrliche Gelegenheit zum Lohndruck! Der Leiter des Verbandes der "Gemischten Organisationen" ist der Industrielle Jules Verger. Er ist gleichzeitig Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Elektromontage (Fédération patronale des Monteurs Electriciens), denn er glaubt, dass die Unternehmer eine Interessenvertretung gebrauchen - nur den Arbeitern soll die Interessenvertretung genommen werden.

Das Arbeitsgesetz sieht vor, dass sobald 51% der Berufszugehörigen zustimmen, eine derartige "Gemischte Organisation" für den Berufszweig gebildet wird und dass dieser Berufszweig dann unter korporatives Sonderrecht gestellt wird. Dann gibt es in diesem Berufszweig überhaupt keine Arbeiterorganisationen mehr. Die Unternehmer pressen in vielen Betrieben Arbeiter, um diesen Prozentsatz rasch zu erreichen. Bertin, der Redakteur des Belin-Blattes "Au Travail", schildert wie sie das machen: "Man hat ein besonderes Arbeitsgesetz für die Holzverarbeitung geschaffen. Der Verband der Holzarbeiter ist nie um seine Meinung befragt worden. Ich kenne einen dieser sog. Arbeitervertreter (in der neuen "Gemischten Organisation"). Er ist niemals organisiert gewesen. Er war 1936 an seinem Wohnort der einzige nicht gewerkschaftlich Organisierte. Und dem ausgerechnet hat man, wie zufällig, die Vertretung der Arbeiter bei der Ausarbeitung des Spezialgesetzes übertragen".

"In der Nahrungsmittelindustrie hat man diese Spezialgesetze (Réglements corporatifs) für d. Konditoreien und das Schlachtergewerbe erlassen. Wir haben für diese Berufe eine sehr starke Organisation. Ihr Generalsekretär Savoie ist Nationalrat (Vichys), Mitglied der Kommission, die vom Marschall (Pétain) den Auftrag erhielt, das Arbeitsgesetz auszuarbeiten. Trotzdem hat man diesen Verband nicht befragt".

In Marseilles hat man für die Stoffdrucker eine spezielle Charte erlassen. "Man hat eine Versammlung einberufen und den Arbeitern dort den Text vorgelesen. Ja, man hat persönliche Einladungen verschickt und am Eingang notiert, welche Arbeiter kamen. Man weiss, was das bedeutet", sagt Belins Freund - Belin griff nicht ein.

Die Gewerkschaft der Friseure hat sich mit einem Protestbrief an Pétain gewandt und erklärt, dass keine Gewerkschaft bei der Ausarbeitung des Spezialgesetzes für das Friseurgewerbe hinzugezogen wurde.

Die Proteste nutzten nichts, die Spezialgesetze wurden von den Behörden anerkannt - denn schliesslich wurde das Arbeitsgesetz ja für die Unternehmer erlassen.

Lohndruck - Seit Beginn des Hitlerkrieges sind die Lebenshaltungskosten in Frankreich um mindestens 40% gestiegen. Am 23. Mai 1941 hatte Vichy kleine Teuerungszulagen angeordnet. Sie waren unzureichend. Einige Gewerkschaften verlangen die Befreiung aller unteren und mittleren Lohngruppen von der 1939 eingeführten "Contribution Nationale", andere, wie der Verband der Elektrizitätsarbeiter, verlangen eine 30%ige Teuerungszulage. - Nach einer Stichprobe, die Belin-Anhänger in einem Departement machten, haben 70% der Unternehmer noch 6 Monate nach der Anordnung der Teuerungszulagen die Zulagen nicht bezahlt.

Unternehmer versuchen, in einzelnen Departements die Löhne niedrig zu halten, um auf diese Art einen Konkurrenzvorsprung vor den Unternehmern anderer Departemens zu haben. Selbst Belins Freunde versichern, dass bei heutigen Preisen der Mindestlohn in Frankreich heute monatlich 2.000 Frs. betragen müsste. Der von Vichy im Januar 1942 für Paris, die Spitzenklasse! festgesetzte Mindestlohn ist aber nur 1.600 Frs. Das mag zum Teil auf die Haltung der deutschen Behörden zurückzuführen sein, die die Löhne in Frankreich unter der Hungergrenze halten wollen, damit die Not viele französische Arbeiter zwingt, für Hitler zu arbeiten. Doch es liegt in der Linie der Vichy-Politik, den Unternehmern das Ueberstehen der Kriegsdepression durch Druck auf die Löhne zu erleichtern.

Hunger - Die Vichy-Regierung wird des Schleichhandels nicht Herr. Frauen sehen, wie Lebensmittel nach Deutschland und in den Schleichhandel ge-

nen. Die Zeitungen berichten, dass 6 Pariser Schlemmerlokale von Vichy die Erlaubnis erhielten, ohne Lebensmittelkarten Speisen abzugeben. In jeder Kantine, in jedem einfachen Restaurant Frankreichs müssen Karten abgegeben werden. Die Angestelltengewerkschaft fordert jetzt, dass Grundnahrungsmittel, unter Kontrolle der Gewerkschaften, zuerst der Arbeiterschaft reserviert werden. Die Angestelltengewerkschaft tritt offen gegen die Vichy-Sozialpolitik auf. Aber auch die Bergarbeitergewerkschaft, deren neuer Sekretär immer wieder versucht, die Bergarbeiter hinter Vichy zu bringen, wird unter dem Druck der Mitglieder energisch. Sie verlangt, dass den Bergarbeitern die lebenswichtigen Nahrungsmittel regelmässig zur Verfügung stehen und dass die Zusatzrationen auch tatsächlich ausgegeben werden müssen, dass die Betriebe, die die Lebensmittelversorgung ihrer Belegschaft übernommen haben, unterstützt werden und dass die Lebensmittelverteilung den, in den Grubenbezirken starken, Konsumgenossenschaften übertragen wird. Die Schwerarbeiter verlangen vor allem eine erhebliche Verbesserung der Brot-, Wein- und Fettrationen. Die Erklärung des Verbandes schliesst drohend: "Wenn keine Konzession gemacht wird, könnte die Leistung als Folge der Unterernährung scharf sinken".

Die Bergarbeiter haben den neuen Generalsekretär ihres Verbandes veranlasst, aus dem Nationalrat Pétains auszuschneiden; seinen Vorgänger, der mit den Nazis zusammenarbeitete, hatten sie abgesetzt.

Selbst Vichys Anhänger gegen Vichys Arbeitsgesetz - Das Erleben der letzten Monate hat vielen Arbeitern die Augen geöffnet. In Paris sprachen sich (am 26.XI.) eine Anzahl Gewerkschaftssekretäre für das Arbeitsgesetz aus. Es waren Belins Getreue. Aber selbst sie stellten fest, dass Teile des Arbeitsgesetzes "eine Behinderung, eine Belästigung der Gewerkschaftsarbeit" sind. - Immerhin erklärten sie sich bereit, auf dem Boden des neuen Gesetzes mitzuarbeiten. In der Vichy-Presse wurde mitgeteilt, dass Sekretäre von 24 ehemals dem C.G.T. angeschlossenen Verbänden diesen Standpunkt teilten. Auch die Angestelltengewerkschaft wurde angeführt. Aber diese Gewerkschaft hat 3 Wochen später eine scharfe Erklärung veröffentlicht, in der sie sagt: "Den Arbeitern sind alle überberuflichen Verbindungen genommen, sie sind unter die Aufsicht der Sozialkomitees gestellt, sie können nicht einmal ihre Vertreter frei bestimmen. Ja, das Gesetz sieht sogar ausdrücklich die Errichtung 'e. ischter Verbände' vor, die von den Unternehmern beeinflusst und geleitet werden". - Was es mit der Unterschriften der anderen Verbände auf sich hat, kann noch nicht mitgeteilt werden.

Unter dem Druck der Stimmung der Arbeiter hat sich (Ende November) dann selbst eine Konferenz der Belinisten (in Sablettes) in Gegenwart von Regierungsvertreter zu einem schwachen Protest aufrufen müssen.

Es wurde keine grundsätzliche Kritik des Arbeitsgesetzes zugelassen und der Hauptredner, Bertin, sprach begeistert über den Organisationszwang: "man hat wenigstens das Geld, wenn man nicht den Menschen hat". Doch die Art des Vorgehens der Unternehmer veranlasste die Konferenz wenigstens zur Aufstellung einiger Forderungen: sie wandte sich gegen die "Gemischten Verbände", gegen die Allmacht der Sozialkomitees, die aus den noch geduldeten machtlosen Arbeiterorganisationen "ein Büro zum Registrieren und zur Befehlsweitergabe" machen. Die Konferenz forderte die Wahl der Leitung der Arbeiterorganisationen durch die Arbeiter und das Gestatten überberuflicher örtlicher und departementaler Zusammenschlüsse.

Vichy hat zunächst eine Konzession machen müssen. Die Präfekten wurden durch ein Zirkular angewiesen, die Gewerkschaften bis zum Beginn der Arbeit der neuen Organisation ihre alte Tätigkeit weiter fortsetzen zu lassen. Neugründungen wurden jedoch verboten.

Das ist ein Anfangserfolg. Denn ab 1. Januar sollte den Gewerkschaften nur noch Verwaltungstätigkeit gestattet werden. In einigen Berufen wird diese Konzession Vichys den Arbeitern die Abwehr örtlichen Lohndrucks erleichtern.

Aber inzwischen versuchen die Unternehmer immer mehr Arbeiter in gelbe "Gemischte Verbände" zu pressen.

(Für die Red.: Bertin hat seine Rede auf der Konferenz von Sablettes in seiner Zeitschrift "Au Travail" am 13.XII.41. abgedruckt; einen ergänzenden Artikel veröffentlichte er am 10.I.42.)

Die Not in Holland

(ITF) Der Quislingkommissar des Holländischen Gewerkschaftsbundes erklärte (am 14.I.42.) in einer Versammlung in Amsterdam: "Im Augenblick sind viele nicht in der Lage, die Rationen zu kaufen, die ihnen die Volkswirtschaft zuteilt. Dadurch sind soziale Misstände entstanden, wie z.B. der Handel in Lebensmittelkarten".

Rotterdamer Transportarbeiter haben das schon Ende 1940 berichtet. Dass aber jetzt ein führender holländischer Nazi das zugeben muss, zeigt, dass die Not alle Schichten der unter der Besetzung leidenden holländischen Arbeiterschaft erfasst hat.

(Für die Red.: Vgl. "Faschismus", 23.VI.41.)

Unterernährung in Belgien

(ITF) Die belgische Gewerbeaufsicht hat 1940, im Jahr der deutschen Invasion, 27.427 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen untersucht. Jede 3. Untersuchung ergab einen Krankheitsbefund, die meisten Krankheiten waren die Folgen allgemeiner Unterernährung. 200 der Untersuchten litten an Rachitis, 704 waren untergewichtig, 1000 waren schwächlich, 68 akut unterernährt, 206 waren blutarm, 291 litten an Rückgratverkrümmung, ungefähr 450 an Lungenerkrankheiten.

(Für die Red.: Bericht des Service Médicale du Travail, nach "Nouveau Journal", 29/31.XII.41.)

Arbeitsbedingungen in Norwegen

(ITF) Aus dem Jahresbericht der norwegischen Gewerbeaufsicht für das Jahr 1940, dem Jahr der deutschen Invasion: Der Krieg brachte eine bedeutende Verschlechterung der hygienischen und der Arbeitsschutz-Bedingungen. Es wird berichtet, dass die Lebensmittelrationen für Schwerarbeiter unzureichend sind. Die scharfe Seifenrationierung machte es schwierig, die Arbeitskleidung ausreichend sauber zu halten und in verschiedenen Fällen klagten die Arbeiter über ungenügende Heizung der Arbeitsräume. Die grossen Befestigungs- und Flugplatzbauten etc. der deutschen Militärbehörden brachten Arbeitermassen in Orte mit völlig unzureichenden Unterbringungsmöglichkeiten. In vielen Unternehmungen erhöhte die Beschäftigung zahlreicher unerfahrener Arbeiter ernstlich die Unfallgefahren, und die Verdunkelung, die überdies die Lüftung der Arbeitsräume erschwerte, verursachte Unfälle.

Trotz unvollständiger Berichterstattung und Rückgang der Gesamtbeschäftigung stieg die Zahl der gemeldeten tödlichen Unfälle um 15%; 37% der gemeldeten tödlichen Unfälle wurden von Baustellen gemeldet, 20% von Transportbetrieben.

(Für die Red.: "Industrial Safety Survey" des Internationalen Arbeitsamts, Oktober-Dezember 1941.)

Tumult vor dem Schlachterladen

(ITF) Ein Schlachter im deutschen Ostseehafen Rostock gab bekannt, dass er Fleisch für die bei ihm eingetragenen Kunden Nr. 400-800 erhalten habe. Schon am frühen Morgen bildete sich eine lange Schlange vor dem Laden. Am Vormittag hiess es dann, dass nur Inhaber der Nummern 400-600 etwas bekommen könnten. Die übrigen Frauen wurden rebellisch und die Polizei musste eingreifen, um Ordnung wiederherzustellen.

(Für die Red.: November 1941.)

Steckrüben

(ITF) In Berlin darf man nur noch 3 Mal in der Woche Rotkohl, Blumenkohl, Rosenkohl und Schwarzwurzeln kaufen. An Juden dürfen diese "Luxusgemüse" nicht verkauft werden. Jeder Einkauf wird auf der Lebensmittelkarte gestempelt. Weisskohl und Steckrüben können bis auf weiteres in beliebigen Mengen gekauft werden. Für die seit dem Steckrübenwinter 1917 unbeliebte Steckrübe wird Reklame gemacht. - Kartoffeln dürfen nur noch 2 Mal in der Woche gekauft werden und nur in Mengen, die sich nach den Vorräten des Händlers richten. Wer pro Kopf mehr als 25 kg Kartoffeln im Hause hat, darf bis auf weiteres keine Kartoffeln kaufen. In Wien werden, "soweit der Vorrat reicht", 2 kg Kartoffeln pro Person und Woche abgegeben.

Gefährdete Mädchen

(ITF) Auf Grund vorliegender Erfahrungen hat Hitlers Arbeitsminister verboten, dass deutsche Mädchen unter 21 Jahren als Angestellte in besetzten Gebieten oder in den einverleibten polnischen Westprovinzen Arbeit annehmen, wenn sie nicht bei Verwandten wohnen (berichtet das Deutsche Nachrichtenbüro am 19.I.42.).

Die europäische Textilindustrie

(ITF) In Belgien arbeiteten Mitte Oktober von etwa 160 Baumwollwebereien noch 100, 16 Baumwollspinnereien waren geschlossen worden. Die Produktion war bei den grossen/elektrisch angetriebenen Maschinen arbeitenden Werken konzentriert worden. In Frankreich konnten die Textilbetriebe der unbesetzten Zone noch nicht 32 Wochenstunden arbeiten lassen (berichtete "Le Temps" am 24.XI.). In Italien zwang Rohstoffmangel die Diktatur zur Einführung einer Normalarbeitszeit von 32 1/2 Wochenstunden für Textilarbeiter; nur im Ausnahmefall darf bis zu 40 Stunden gearbeitet werden. In Lodz waren Mitte August, nach deutschen Angaben 88.731 Textilarbeiter beschäftigt. 1939 arbeiteten im Lodzer Revier 150.000 Textilarbeiter. In Deutschland hatte man bisher aus Furcht vor Bombenangriffen möglichst viele Betriebe weiterarbeiten lassen. Jetzt soll, um Kohle und Facharbeiter einzusparen, die Fabrikation auf Betriebe mit möglichst geringem Kohlenverbrauch konzentriert werden.

Kein Schleichhandelswucher in Norwegen

(ITF) Norweger, die mit norwegischen und englischen Kriegsschiffen nach England gelangten, berichten: "Es ist (in Norwegen) ein ungeschriebenes Gesetz, die deutschen Versorgungsämter so oft wie möglich an der Nase herumzuführen, um einen illegalen Lebensmittelhandel möglich zu machen, den die Deutschen nur sehr schwer kontrollieren können. Bauern machen falsche Angaben über die Zahl des Viehs, sodass sie schwarzschlachten und das Fleisch an ihre Landsleute verkaufen können. Wenn sie legal vorgehen, wird das Fleisch doch nur von der Besatzungsarmee beschlagnahmt; und das gilt auch für alle anderen landwirtschaftlichen Produkte.

Die Deutschen sind über diesen Schleichhandel wütend und haben schwere Strafen angedroht... Norwegische Nazis denunzieren und viele Bauern wurden gefasst. Aber der Schleichhandel geht weiter. Das erstaunlichste ist, dass es in diesem Schleichhandel keine Schleichhandelspreise gibt. Es würde als ausserordentlich unpatriotisch gelten, wenn mehr als der Höchstpreis verlangt würde und niemand tut das".

(Für die Red.: Die Berichte der mehr als 300 Norweger, die von den Lofoten-Inseln und von Vågsøy nach England kamen, sind von der Informationsstelle der norwegischen Regierung am 10.II. in einer anschaulichen Uebersicht "Alltag in Norwegen" veröffentlicht worden.)

Tauschhandel in Deutschland

(ITF) Das Deutsche Nachrichtenbüro berichtet: "Bezugsbeschränkte Waren oder Mangelwaren werden nicht mehr auf dem üblichen, staatlich überwachten Wege abgesetzt, sondern entgegen dem unter Strafe gestellten Verbot unter der Hand getauscht. Unter Ausserachtlassung ihrer Aufgaben, Treuhänder der ihnen anvertrauten Mangelwaren zu sein, versuchen vielfach die Besitzer solcher Mangelware, andere Mangelware durch Tausch zu erwerben..." Deutsche Zeitschriften "wenden sich gegen die 'Seuche des Tauschhandels von Kaufleuten untereinander'. So wird von einem Fall berichtet, in dem ein Gemischtwarenhändler eine Kiste Zigarren gegen zwanzig bis fünfundzwanzig Hähnchen eingetauscht hat. Ein noch schwereres Vorgehen stellt die Anzeige eines Möbelhändlers dar, der 'Schlafzimmer, neu, gegen alles tauscht'. Weiter soll es vorgekommen sein, dass Frauen sich mit gehamsterten Tabakwaren auf dem Lande bewirtschaftete Lebensmittel eingetauscht haben".

Das Vertrauen zur deutschen Währung ist offensichtlich nicht sehr gross. (Für die Red.: Deutsches Nachrichtenbüro, 21.1.42.)

Zweierlei Ausschüsse

(ITF) Der Versuch der Nazi-Diktatur, die Kriegsproduktion durch verschärfte Antreiberei weiter zu steigern, stösst in Wien offensichtlich auf Schwierigkeiten. Der Wiener Nazi-Gauleiter Baldur von Schirach hat sich (am 5. II.) in einer Rede vor Munitionsarbeitern überraschend scharf gegen die Arbeiter gewandt, die durch Bummeln die Produktion für Hitlers Kriegsmaschine stören. "Jede Bummelstunde gehört dem Feind", klagte er. Und dann versuchte er, die Arbeiter über die neuen Antreibereipläne zu beruhigen.

Eine Woche vorher hatte der Londoner Rundfunk den österreichischen Arbeitern die Unterhauserklärung Bevins über die Errichtung von Produktionsausschüssen in englischen Kriegsbetrieben wiedergegeben. Schirach weiss, dass die oppositionellen Arbeitergruppen trotz Verbot Auslandstationen hören. Er glaubte daher wohl besonders schlau zu sein, wenn er äusserlich das englische Vorbild nachahmte. Er kündigte die Errichtung von Produktionsausschüssen in allen Betrieben des Wiener Bezirks an: In diesen "Betriebs-Arbeitsausschüssen soll... der Arbeiter... aus dem Betrieb heraus Vorschläge machen, die eine Steigerung der Leitung und eine Erhöhung der Produktion zur Folge haben". Die Betriebsausschüsse werden in einem Gau-Ausschuss der Deutschen Arbeitsfront zusammengefasst. Die Mitglieder werden von Betriebsleitung und Nazis aus den Gruppen als zuverlässig geltender Arbeiter ernannt.

Die Nazileitung hofft, dass die Empörung der Arbeiter gegen die verschärfte Antreiberei sich in erster Linie gegen die Arbeiter in diesen Ausschüssen und nicht gegen die Nazi-Diktatur und die Kriegsindustriellen wenden wird. Die Wiener Betriebsausschüsse haben kein Recht, Arbeiterinteressen zu vertreten und es gibt unter Nazi-herrschaft keine andere Organisation, die die Arbeiter vor Ausbeutung schützt, weder Gewerkschaften noch Betriebsräte.

In englischen Kriegsbetrieben werden die Arbeiter-Mitglieder der Produktionsausschüsse von den Gewerkschaftsmitgliedern der Belegschaft gewählt und Gewerkschaft und Betriebsräte schützen die Arbeiter vor unnötiger Ueberanstrengung und garantieren ihr Recht.

In Berlin hat man aber nicht einmal die einflusslosen Wiener Ausschüsse gern gesehen. Denn niemand kann wissen, wie sich in Verlauf des Krieges

diese Ausschüsse weiterentwickeln. Der geschwätzigste deutsche Rundfunk schwieg sie tot und ausserhalb Wiens durfte - soweit wir sahen - keine deutsche Zeitung über die Ankündigung Schirachs berichten.

(Für die Red.: Wiener "Völkischer Beobachter", 6.II.42.)

Widerstand in Oesterreich

(ITF) In Tirol hat der Widerstand der österreichischen und ausländischen Arbeiter gegen die Antreiberei für Hitlers Kriegsmaschine so zugenommen, dass die Nazi-Organisationen bekanntgaben, sie würden die Arbeiter schärfer überwachen: wer absichtlich zu spät komme, bummle, nach Lohntagen blau mache, unter Vorwänden krank feiere oder langsam arbeite, werde eingesperrt.

(Für die Red.: Mitte Februar 1942)

Sklavenhandel in Deutschland

(ITF) Bauarbeiter sind in Deutschland knapp. Jeder Bauunternehmer versucht daher, bei vorübergehender Auftragsstockung soviel Arbeiter wie möglich in seinem Betrieb zu halten. Denn nur wenn er über einen guten Arbeiterstamm verfügt, kann er mit weiteren einträglichen Aufträgen rechnen. Die Bauarbeiter können, wenn der Unternehmer sie nicht freigibt, den Arbeitsplatz nur verlassen, wenn das Arbeitsamt es ihnen gegen den Wunsch des Unternehmers gestattet. Das kommt nur sehr selten vor.

Viele Bauunternehmer haben die Bindung der Arbeiter an den Betrieb ausgenutzt und bei Auftragsstockung "ihre" Arbeiter an andere Betriebe ausgeliehen.

Viele Arbeiter waren darüber empört und, um Spannungen zu vermeiden, hat Hitlers Arbeitsminister (in einem Erlass vom 19.IX.40.) das Ausleihen von Arbeitern verboten. Aber die Unternehmer kümmern sich nicht darum. "Die Ausleihung von Arbeitskräften erfolgt entgegen diesem Erlass noch in immer grösseren Umfang", berichtet jetzt die "Berliner Börsenzeitung". Bankier Fischboeck, der neue Preiskommissar, hat den Unternehmern jetzt ausdrücklich erlaubt, diesen Sklavenhandel fortzusetzen. Er setzte nur Gewinnspannen für die Arbeitssklavenhändler fest: "Der ausleihende Unternehmer darf, falls er die Arbeitskräfte entlohnt und für die sozialen Aufwendungen aufkommt, vom Bauherrn höchstens ein Entgelt fordern, das 30% der geltenden Löhne der ausgeliehenen Arbeitskräfte nicht übersteigt. Hierdurch sind alle bei dem ausleihenden Unternehmer anfallende Kosten sowie ein mässiger Gewinn (!) abgegolten", heisst es im Runderlass 8/42 vom 7. II.42. - (Für die Red.: "Berliner Börsenzeitung", 21.II.42.)

Arbeitsdienst als Lohndrücker

(ITF) Der deutsche Mädchenarbeitsdienst wurde (durch Erlass vom 27.VII.41.) um 6 Monate "Kriegshilfsdienst" verlängert. Ab 1.IV. werden die Kriegshilfsdienstverpflichteten deutschen Mädchen den Kriegsbetrieben als billige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt.

Die Mädchen erhalten täglich 27 Pfg Taschengeld, freie Station und Bekleidung. Sie werden sozialversichert. Nach den Sätzen der Sozialversicherung berechnet, erhalten die Mädchen in bar und Sachleistung einen Stundenlohn von etwa 25 Pfg. - Noch billigere Arbeitskräfte können die deutschen Kriegsgewinnler kaum verlangen.

Billige Balten

(ITF) Für die Arbeit hinter der Front wirbt der deutsche Arbeitsdienst in den baltischen Staaten Freiwillige für seine Formationen an. Wer in den Arbeitsdienst geht, erhält täglich 27 Pfennige bar, muss also weit billiger arbeiten als ein zur Arbeit nach Deutschland Transportierter.

Fort mit Kranken!

(ITF) Hitlers Arbeitsminister ordnete an: "erkrankte ausländische Arbeitskräfte sind, sofern sie nicht innerhalb von 3 Wochen wiederhergestellt werden können, unverzüglich in die Heimat zurückzubefördern, wenn und sobald Reisefähigkeit gegeben ist". - Dass das nicht etwa aus Menschlichkeitserwägungen angeordnet wurde, sondern nur weil Hitlerdeutschland kranke Arbeitssklaven loswerden will, zeigt eine andere Bestimmung des Erlasses: Der Arbeitsminister erlaubt Krankenhausbehandlung ausländischer Arbeiter nur, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Patient innerhalb von 3 Wochen wieder arbeitsfähig ist.

(Für die Red.: Erlass Va 55/O/62 vom 8.X.41.)

Norwegische Lehrer gegen Gleichschaltung

(ITF) Von 10.500 norwegischen Lehrern haben etwa 9000 den Behörden mitgeteilt, dass sie sich nicht mehr als Mitglieder des jetzt völlig gleichgeschalteten Lehrerverbandes betrachten. Das Quisling-Erziehungsministerium hat (in einem Erlass vom 6.II.) mitgeteilt, dass alle Lehrer, die aus dem gleichgeschalteten Verband austreten, ohne Pension ent-

lassen und zur Zwangsarbeit nach Nordnorwegen gesandt würden. Bis zum 1. März könnte der Austritt rückgängig gemacht werden. - Die Drohung verfehlte ihre Wirkung. Die Quisling-Polizei hat in den ersten Märztagen bereits 300 Lehrer zur Zwangsarbeit nach Nordnorwegen abtransportiert.

Korrumpierte Kommissare (ITF) Drei der von den Quislings eingesetzten norwegischen Gewerkschaftskommissare mussten wegen unsauberer Finanzmanipulationen abgesetzt werden: Bunäs, der Kommissar des Fabrikarbeiterverbandes, Hagen, der Kommissar des Schuharbeiterverbandes und Langeraan, der Kommissar des Osloer Gewerkschaftskartells.

Serbische Arbeitsfront (ITF) Die Belgrader Quisling-Regierung hat eine gelbe "Serbische Gemeinschaft der Arbeiter" gegründet, in der nach dem Vorbild der Deutschen Arbeitsfront Unternehmer und Arbeiter zusammengefasst sind (meldet Radio Belgrad am 23.II.).

Zwei Bluttage (ITF) Am 2. März verurteilte ein Kriegsgericht in Sofia 9 bulgarische Postbeamte zum Tode und 14 zu 12 Jahren Zuchthaus. Am 3. März teilte der deutsche Militärbefehlshaber in Paris mit, dass 20 Geiseln zur Vergeltung für die Tötung eines deutschen Soldaten erschossen wurden. Wenn nicht bis zum 16. März die Täter gefasst wären, würden weitere 20 Geiseln erschossen werden. - Am gleichen Tage wurde ein Holländer von deutschen Richtern als "Hochverräter" zum Tode verurteilt. - Am gleichen Tage wurden in Warschau 100 polnische Geiseln als Vergeltung für die Tötung eines deutschen Soldaten erschossen. Der Gouverneur teilte am folgenden Tage in grossen Aufrufen mit, dass bei künftigen Angriffen auf deutsche Besatzungstruppen in Warschau keine Lebensmittelrationen mehr ausgegeben würden. -

Nur ein Teil der täglichen Hinrichtungen im deutschen Machtbereich wird bekanntgegeben. In den ersten 5 Monaten des Russenkrieges haben Zeitungen im deutschen Machtbereich - nach Zusammenstellungen einer sehr gut unterrichteten schweizer Stelle - 2225 Todesurteile gemeldet. In den letzten Wochen wurden wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" hingerichtet: am 23. Januar: der 33jährige Oskar Huebschmann und der 47jährige Tscheche Josef Skalda; am 30. Januar: der 35jährige Tscheche Rudolf Terer; am 10. Februar: der 45jährige Leo Bohnenstengel aus Konstanz. - Holländische Zeitungen meldeten am 11. Februar, dass 2 Holländer, die einen deutschen Soldaten getötet hatten und ein dritter, als "kommunistischer Agitator" Bezeichneter erschossen wurden. 3 Tage später wurde die Hinrichtung von weiteren 4 Holländern gemeldet. - In Bizerta wurden am 11.II. 13 Franzosen zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt, in Marseilles einen Tag darauf 3 Franzosen zur gleichen Strafe. - Die "Warschauer Zeitung" meldete am 14.I., dass 15 Juden, die, ohne Erlaubnis der deutschen Behörden, die Ghettogrenzen überschritten hatten, zum Tode verurteilt wurden. - Unter den 108 Polen, die am 15. November 1941 in das berüchtigte Konzentrationslager Oswiecim eingeliefert wurden, waren viele Warschauer Strassenbahner. - In Sevilla wurden (wie Radio Stavanger am 28.II. meldete) 40 führende Anarchisten verhaftet.

Die polnische Arbeiterin Marja Goralczyk wurde zum deutschen Arbeitsamt bestellt, wo man ihr mitteilte, dass sie an einen anderen Arbeitsplatz gebracht werden sollte. Sie protestierte heftig. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde sie handgreiflich, zog die Nazi-beamtin am Haar und trat nach ihr. Selbst die nationalsozialistische "Litzmannstädter Zeitung", der wir den Bericht entnehmen, behauptet nicht, dass die Beamtin verletzt wurde. Aber sie meldet, dass die polnische Arbeiterin am gleichen Tage vor ein deutsches Sondergericht in Posen geschleppt und von ihm zum Tode verurteilt wurde. Zwei Tage später, am 21.II., wurde die Arbeiterin hingerichtet.

(Für die Red.: "Litzmannstädter Zeitung", 22.II.42.)

Lohnbewegung deutscher Bekleidungsarbeiter (ITF) Das Einziehen vieler Fachkräfte hat den seit 9 Jahren unter dem Nazi-Lohndruck leidenden Arbeiter der deutschen Damenoberkleidungsindustrie die Möglichkeit zum Durchsetzen von Lohnforderungen gegeben. Da offene Lohnerhöhungen verboten sind, verlangten sie Verbesserungen der Stückzeitberechnung. Sie erreichten z.B.; dass ihnen für das Bügeln eines Mantels statt 20 Minuten 60 Minuten gutgeschrieben wurden (berichtet Görings "Nationalzeitung"). Das Arbeitsministerium griff ein und setzte verbindliche Höchstlöhne fest.

(Für die Red.: Essener "Nationalzeitung", 5.II.42.)

haben wir u.a.:

Freie griechische Gewerkschaft

(ITF) Die Militärdiktatur des Generals Metaxas hat am 4.VIII.36 alle griechischen Gewerkschaften aufgelöst und eine staatliche Arbeiterorganisation errichtet. Hunderte Gewerkschaftsfunktionäre, unter

ihnen der Sekretär der freigewerkschaftlichen Landeszentrale, Kalomiris, und der Sekretär des Eisenbahnverbandes, Laskaris, wurden verhaftet und auf ungesunde Inseln verbannt. Zum Leiter der neuen Zwangsorganisationen setzte Metaxas den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Dimitratos ein, einen Renegaten, der wegen seiner Verräterei aus der Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen worden war. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation hat scharf gegen die Unterdrückung der griechischen Arbeiterorganisationen Stellung genommen und hat es auf der Internationalen Arbeitskonferenz (im Oktober 1936) abgelehnt, mit den von der griechischen Diktatur entsandten sogenannten Arbeitervertretern zu verhandeln.

Der Ueberfall Italiens auf Griechenland kam und der Einfall der deutschen Armee. Die griechische Militärdiktatur musste an die Freiheitskräfte im griechischen Volk appellieren. Den griechischen Freiheitskämpfern gehörte die Sympathie der Welt. In England und in den U.S.A. bildete sich eine freie Seeleutegewerkschaft.

Am 4. Februar 1942 teilte die griechische Regierung im Londoner Rundfunk mit, dass der Arbeitsminister Dimitratos aus dem griechischen Kabinett ausgeschlossen wurde. Am Tage darauf erklärte der griechische Ministerpräsident Tsouderos in einer Rede an die Arbeiter und Bauern Griechenlands: "Ich übernehme... vorübergehend das Amt des Landwirtschafts- und des Arbeitsministers, bis es einigen von Euch möglich sein wird, mit mir für die Sache der griechischen Arbeiterschaft im Rahmen unseres allgemeinen Programms zusammenzuarbeiten. Es ist mein aufrichtiger Wunsch, dass andere Menschen, die im Stande sind, den Blick auf die Zukunft und nicht auf die Vergangenheit zu richten, im Interesse des Landes mit mir zusammenarbeiten, weil das allein unser nationalen Interessen dient, die Einigkeit und energische Hilfe aller Arbeitsfähigen verlangen.

Ich benutze diese Gelegenheit, alle griechischen Arbeiter und Angestellten meiner Ueberzeugung in das demokratische Prinzip der Vereinigungsfreiheit zu versichern. Unglücklicherweise haben die Methoden des entlassenen Arbeitsministers in den letzten Jahren die griechische Arbeiterbewegung in Verruf gebracht und deshalb wurde Griechenland offen als ein Land angegriffen, das die Gewerkschaftsfreiheiten unterdrückt hat. Wir (- die z.Z. in London arbeitende griechische Regierung -) widersetzen uns allen Methoden, die dem Prinzip der Gewerkschaftsfreiheit widersprechen, ein Prinzip, das wir als eines der Fundamente eines demokratisch regierten Landes betrachten und durch das die Annäherung und die Zusammenarbeit der griechischen Arbeiterklasse mit den Arbeiterorganisationen aller freien Völker erleichtert wird. Die wünsche ich, damit die griechischen Arbeiter, wenn sie in der Lage sind, ihre Vertreter frei zu wählen, im Vollbesitz ihrer Rechte - sowohl der nationalen Rechte wie der Arbeiterrechte - hierher kommen können, um, wenn die glückliche Stunde des Sieges schlägt, bei der Grundlegung der sozialen Gerechtigkeit mit den Vertretern der Arbeiter aller freien verbündeten Nationen, die heute gegen die Systeme der Gewalt und der Barbarei kämpfen, zusammenarbeiten können".

Ein Schritt zur Demokratisierung Griechenlands ist im Prinzip getan. Was aus den in Haft befindlichen griechischen Gewerkschaftsführern beim Einfall der deutschen Truppen wurde, ist nicht bekannt.

Stafford Cripps an die Arbeiter Europas

(ITF) In einer Rundfunkbotschaft an die Arbeiter Europas sagte

Stafford Cripps, der bisherige englische Botschafter in Moskau, kurz nach seinem Eintritt in das englische Kriegskabinett: "Waffen und Ausrüstung braucht Deutschland heute immer dringender; die Nazis hoffen noch immer, dass sie mit der Hilfe der Arbeiter die übrigen Arbeiter der Welt versklaven können. Aber zwei Kräfte stellen sich ihnen entgegen. Die freien Arbeiter Englands, Amerikas und Russlands und die versklavten Arbeiter der besetzten Gebiete, die dazu missbraucht werden, ihre Fesseln noch enger zu schmieden. - Die freien Arbeiter werden wie bisher mit all ihrer Kraft kämpfen und sie erwarten die Hilfe ihrer Kameraden in Deutschland zum Beenden dieses Krieges und zur Wiederherstellung der Freiheit in ganz Europa.

Auch die versklavten Arbeiter können das ihre in diesem Freiheitskampf tun, vielleicht weniger auffällig, aber trotzdem nicht weniger bedeutungsvoll. Mit dem deutschen Bedarf an Kriegsmaterial wächst ihre Stärke von Tag zu Tag. Sie müssen die Räder der Industrie in Gang halten und wir alle wissen, wie ein kleiner Defekt eine grosse Maschine zum Stillstand bringen kann. Was für Möglichkeiten zum Ausfindigmachen von Methoden, durch die die Produktion verlangsamt oder für einen Tag, für eine Stunde oder einen Monat aufgehalten werden kann. Was für Möglichkeiten für mutigen Einsatz für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit. Im tragischen Dunkel Eurer Sklaverei könnt Ihr Euch innerlich befreien durch kühne und geschickte Tat und Euch eins fühlen mit dem Heer der unbekanntenen kämpfenden Arbeiter, wenn Ihr auf die einzige Art, die Euch möglich ist, das Eure im Freiheitskampf Eures Volkes tut, gleich ob Ihr Deutsche, Tschechen, Franzosen, Holländer